

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 48 | 30.11.2018

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 77/2018](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Familienlastenausgleichsgesetz 1967** geändert wird (Erweiterung der Gruppe der volljährigen Vollwaisen mit Anspruch auf Familienbeihilfe; subsidiärer Eigenanspruch des Kindes auf Familienbeihilfe unter den näher genannten Voraussetzungen)

[BGBl II 289/2018](#)

Verordnung des Vorstands der E-Control über den Preis von durch die Ökostromabwicklungsstelle zuzuweisenden Herkunftsnachweisen 2019 (**Herkunftsnachweispreis-Verordnung 2019** – HKN-V 2019)

[BGBl II 298/2018 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die **Fonds-Melde-Verordnung 2015** geändert wird

[BGBl II 299/2018](#)

Verordnung der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, mit der die **DAC-Verordnung „Südsteiermark“**, die **DAC Verordnung „Vulkanland Steiermark“** und die **DAC-Verordnung „Weststeiermark“** erlassen werden

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 303 v 28.11.2018, 1](#)

Verordnung (EU) 2018/1805 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 über die **gegenseitige Anerkennung von Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen**

[ABl L 303 v 28.11.2018, 39](#)

Verordnung (EU) 2018/1806 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 zur **Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige** beim Überschreiten der Außengrenzen **im Besitz eines Visums** sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige **von dieser Visumpflicht befreit** sind

[ABI L 303 v 28.11.2018, 59](#)

Verordnung (EU) 2018/1807 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 über einen **Rahmen für den freien Verkehr nicht-personenbezogener Daten** in der Europäischen Union

[ABI L 303 v 28.11.2018, 69](#)

Richtlinie (EU) 2018/1808 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die **Bereitstellung audiovisueller Mediendienste** (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

10.10.2018, [G 32/2018](#)

FinanzstrafG; GRC; keine Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch Nichtanwendung der **bedingten Strafnachsicht** nach dem FinanzstrafG auf verwaltungsbehördliche Finanzvergehen durch ein kraft objektiver Konnexität zuständiges Gericht; keine nachteiligen Folgen einer gerichtlichen Verurteilung für den verwaltungsbehördlichen (Beteiligungs-)Täter

10.10.2018, [G 186/2018 ua](#)

AsylG; BFA-VG; keine Verfassungswidrigkeit von Bestimmungen des AsylG 2005 und des BFA-VG betreffend die Voraussetzungen und das Verfahren bei **Folgeanträge nach Aufhebung des faktischen Abschiebeschutzes** von Fremden durch das BFA; Rechtsschutzkonstruktion der „automatischen“ Beschwerdeerhebung durch Übermittlung der Verwaltungsakten an das BVwG mit System der Verwaltungsgerichtsbarkeit vereinbar; Beschwerde(erhebungs)fiktion und Aktenübermittlung stellen keine unzulässigen Anordnungen von amtswegigem Vorgehen und erstinstanzlicher Zuständigkeit des BVwG dar

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

25.09.2018, [Ra 2017/01/0331](#)

StaatsbürgerschaftsG; nach § 64a Abs 19 bzw § 57 StaatsbürgerschaftsG **erwirbt ein Fremder** unter bestimmten Voraussetzungen die **österreichische Staatsbürgerschaft**, wenn dieser der Behörde schriftlich anzeigt, von einer österreichischen Behörde fälschlicherweise für einen Zeitraum von mindestens 15 Jahren als österreichischer Staatsbürger behandelt worden zu sein und jener dies nicht zu vertreten hatte; diese Regelungen gilt lediglich für Personen, die „nie“ die österreichische Staatsbürgerschaft innehatten; sie gelten nicht für Fremde, die die österreichische Staatsbürgerschaft einmal besessen, diese aber in der Folge wieder verloren haben; die Regelungen ermöglichen somit nur den erstmaligen Erwerb, nicht den Wiedererwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft

24.10.2018, [Ro 2017/10/0010](#)

ApothekenG; da die Möglichkeit der **Zurücknahme einer Hausapothekenbewilligung** ein Nebeneinander einer Hausapothekenbewilligung und einer Apothekenkonzession geradezu voraussetzt, folgt daraus, dass hinsichtlich gleichzeitig laufender Verfahren zur Erteilung einer Hausapothekenbewilligung einerseits und einer Konzession für eine neu zu errichtende öffentliche Apotheke andererseits kein Konkurrenzverhältnis dahingehend besteht, dass die Erteilung einer Bewilligung die Nichterteilung der Bewilligung im anderen Verfahren zur Folge hätte; daher ist das Vorliegen einer Verwaltungsverfahrensgemeinschaft im Verhältnis eines Konzessionsverfahrens zur Neuerrichtung einer öffentlichen Apotheke zu einem Verfahren zur Erteilung der Bewilligung zur Haltung einer ärztlichen Hausapotheke in einer Ein-Arzt-Gemeinde zu verneinen

30.10.2018, [Ra 2016/05/0063](#)

BauO für Wien; „notwendige“ **Maßnahmen iSd § 126 Abs 1 BauO für Wien** müssen jedenfalls zulässige Maßnahmen iSd BauO für Wien sein; zulässig ist ein Bauvorhaben, wenn es nicht bewilligungspflichtig oder zumindest bewilligungsfähig ist

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 12.11.2018, [LVwG-070004](#)

Oö KrankenanstaltenG; VWGVG; da die belangte Behörde die im Gesetz vorgesehenen Verfahrenshandlungen hinreichend gesetzt und das erforderliche Gutachten bei der Gesundheit Österreich GmbH bereits in Auftrag gegeben und dessen Erstellung abzuwarten hat – wobei in der Folge überdies gem § 6a Abs 8 Oö KrankenanstaltenG noch eine begründete Stellungnahme des Oö Gesundheitsfonds einzuholen ist –, ist die **Verzögerung** im Ergebnis nicht auf ein überwiegendes Verschulden der Behörde zurückzuführen, sodass die **Säumnisbeschwerde** gem § 8 Abs 1 letzter Satz VwGVG abzuweisen war

LVwG Oö 15.01.2018, [LVwG-151980](#)

Oö BauO; hinsichtlich **Anlagen zur Beseitigung von Niederschlags- und Abwässern** kommt den Nachbarn nur insoweit ein Mitspracherecht zu, als damit Immissionen iSv schädlichen Einflüssen auf ihr Grundstück einhergehen; die von den Bauwerbern beabsichtigte Versickerung der Abwässer auf eigenem Grund bzw die Ableitung des Überlaufs in den Kanal der Gemeinde stellt aber gerade keine solche Anlage dar, die der Ableitung von Niederschlagswässern auf die Grundstücke der Bf dient; im Übrigen haben Nachbarn auch weder ein Mitspracherecht im Hinblick auf das ungehinderte Abfließen atmosphärischer Niederschläge vom Baugrundstück noch in Bezug auf allfällige Auswirkungen auf den Grundwasserstand (wie etwa durch eine behauptete vermehrte Wasserverdrängung durch das Bauvorhaben)

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG Wien 22.10.2018, [VGW-021/054/11276/2017](#)

VStG; Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw NichtraucherenschutzG; StGG; die Strafnorm des § 14 Abs 4 Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw NichtraucherenschutzG ist ihrer Zielsetzung nach nicht darauf gerichtet, künstlerische Betätigung zu verhindern, doch kann ihre Anwendung zu einer Behinderung des künstlerischen Schaffens führen; es ist daher eine Abwägung zwischen der durch Art 17a StGG geschützten künstlerischen Freiheit und jenen Rechtsgütern, zu deren Schutz die Verbotsnorm besteht, erforderlich; die im Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw NichtraucherenschutzG normierten **Rauchverbote** dienen dem Ziel des Schutzes der Nichtraucher vor Belästigung und Gesundheitsgefährdung; das nur kurze **szenische Rauchen** von (nikotinfreien) Kräutergigaretten durch einzelne Darsteller eines Theaterstücks während einer Aufführung auf einer Theaterbühne beeinträchtigt das Ziel des Schutzes der Nichtraucher in nur sehr geringem Ausmaß; das zur Last gelegte Verhalten ist daher gem § 6 VStG aufgrund der Inanspruchnahme des Grundrechts der „Freiheit der Kunst“ gerechtfertigt, sodass eine Bestrafung wegen Übertretung des § 13 Abs 1 Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw NichtraucherenschutzG nicht erfolgen darf

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[28.11.2018, verb Rs C-262/17, C-263/17 und C-273/17, Solvay Chimica Italia ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Elektrizitätsbinnenmarkt** – Richtlinie 2009/72/EG – **Verteilernetze** – Art 28 – Geschlossene Verteilernetze – Begriff – **Freistellungen** – Grenzen – Art 32 Abs 1 – Zugang Dritter – Art 15 Abs 7 und Art 37 Abs 6 Buchst b – **Beiträge für die Inanspruchnahme von Kapazitäten**

[28.11.2018, Rs C-328/17, Amt Azienda Trasporti e Mobilità ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Öffentliche Aufträge** – Nachprüfungsverfahren – Richtlinie 89/665/EWG – Art 1 Abs 3 – Richtlinie 92/13/EWG – Art 1 Abs 3 – **Klagerecht, das von der Abgabe eines Angebots im Rahmen des Vergabeverfahrens abhängt**

[29.11.2018, Rs C-600/16 P, National Iranian Tanker Company / Rat](#)

Rechtsmittel – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – **Restriktive Maßnahmen gegen die Islamische Republik Iran** – Einfrieren von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen – **Nichtigerklärung einer Aufnahme durch das Gericht** – Erneute Aufnahme – Beweise, die sich auf die Zeit vor der ersten Aufnahme beziehen – **Tatsachen, die vor der ersten Aufnahme bekannt waren** – Rechtskraft – Umfang – **Rechtssicherheit** – **Vertrauensschutz** – Effektiver gerichtlicher Rechtsschutz – Aufnahmegrund der logistischen Unterstützung der iranischen Regierung – Tragweite – **Tätigkeit der Beförderung von Rohöl**

[29.11.2018, Rs C-248/17 P, Bank Tejarat / Rat](#)

Rechtsmittel – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – **Restriktive Maßnahmen gegen die Islamische Republik Iran** – Einfrieren von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen – **Nichtigerklärung einer Aufnahme durch das Gericht** – Erneute Aufnahme – Aufnahmegrund der finanziellen Unterstützung der iranischen Regierung und der Beteiligung an der Beschaffung verbotener Güter und Technologien – Tragweite – **Finanzierung von Projekten im Öl- und Gassektor** – Beweise, die sich auf die Zeit vor der ersten Aufnahme beziehen – **Tatsachen, die vor der ersten Aufnahme bekannt waren** – Art 266 AEUV – Rechtskraft – Umfang – **Effektiver gerichtlicher Rechtsschutz**

[29.11.2018, Rs C-264/17, Mensing](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerwesen – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 314 – Art 316 – Art 322 – **Sonderregelungen für Kunstgegenstände** – Differenzbesteuerung – Steuerpflichtige Wiederverkäufer – Lieferung von Kunstgegenständen durch den Urheber oder seine Rechtsnachfolger – Innergemeinschaftliche Umsätze – **Weigerung der nationalen Steuerbehörden, einem Steuerpflichtigen das Recht zu gewähren, die Differenzbesteuerung anzuwenden** – Anwendungsvoraussetzungen – Recht auf Vorsteuerabzug – Kunstgegenstände, Sammlungsstücke und Antiquitäten“

[29.11.2018, Rs C-548/17, baumgarten sports & more](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – **Mehrwertsteuer** – **Besteuerung von Vermittlern von Profifußballspielern** – **Unter einer Bedingung stehende Ratenzahlung** – Steuertatbestand, Steueranspruch und Steuererhebung

B. SCHLUSSANTRÄGE

[27.11.2018, Rs C-545/17, Pawlak \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Freier Dienstleistungsverkehr – Entwicklung des Binnenmarktes der **Postdienste der Union und Verbesserung der Dienstqualität** – Versand von Verfahrensschriftstücken im Rahmen eines Zivilverfahrens – Regelung eines Mitgliedstaats, nach der **verfahrensrechtliche Rechtsfolgen nur bei Aufgabe in der Postfiliale eines benannten Anbieters eintreten**

[27.11.2018, Rs C-573/17, Popławski \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Europäischer Haftbefehl – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – **Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Urteile in Strafsachen**, durch die eine freiheitsentziehende Strafe oder Maßnahme verhängt wird, für die Zwecke ihrer Vollstreckung in der Union – Rahmenbeschluss 2008/909/JI – **Erklärung eines Mitgliedstaats, die es ihm ermöglicht, die früheren Rechtsinstrumente weiterhin anzuwenden** – Zurückziehung der Erklärung durch den Vollstreckungsstaat – Verspätete Abgabe der Erklärung durch den Ausstellungsstaat – **Keine unmittelbare Wirkung von Rahmenbeschlüssen** – Vorrang des Unionsrechts – Folgen

[28.11.2018, Rs C-567/17, Bene Factum \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Vorabentscheidungsverfahren – **Verbrauchssteuer** – Teilweise denaturierter Alkohol – **Steuerbefreiungen** – Nicht für den menschlichen Genuss bestimmte Erzeugnisse – Formale Zweckbestimmung von Erzeugnissen – Tatsächlicher Verbrauch – **Befugnis des Empfangsstaats zur Rücknahme einer in einem anderen Mitgliedstaat gewährten Steuerbefreiung** – Ernst zu nehmende **Gefahr der Steuerflucht**, der **Steuerhinterziehung** oder des **Missbrauchs** – Verfahren zur Nichtigerklärung einer Steuerbefreiung

[29.11.2018, Rs C-347/17, A ua \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG) Nr 853/2004 – Verordnung (EG) Nr 854/2004 – **Hygiene von Lebensmitteln tierischen Ursprungs** – Geflügel – Verpflichtungen von Schlachthöfen nach dem Ausnehmen – Wesen und Inhalt – **Säubern von Schlachtkörpern** – Begriff ‚Kontamination‘ – **Sichtbare oder nicht sichtbare Kontamination auf einem Schlachtkörper** – Kontamination durch Kot, Galle und Kropfinhalt – Kontrollen – Befugnisse von Amtsträgern

[29.11.2018, Rs C-411/17, Inter-Environnement Wallonie und Bond Beter Leefmilieu Vlaandere \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Umwelt – Übereinkommen von Espoo – Übereinkommen von Aarhus – Richtlinie 2011/92/EU – Richtlinie 92/43/EWG – Richtlinie 2009/147/EG – **Ausstieg aus der Kernenergie** – Gesetzliche Verlängerung des Zeitraums der industriellen Stromerzeugung von bestimmten Kernkraftwerken um zehn Jahre – **Fehlen einer Umweltverträglichkeitsprüfung** – Begriff des Projekts – Akt des Gesetzgebers – **Verlängerung einer Genehmigung** – Unmittelbare Wirkung völkerrechtlicher Übereinkommen – Abweichung von Verpflichtungen – Überwiegendes öffentliches Interesse – **Versorgungssicherheit**

[29.11.2018, verb Rs C-582/17 und C-583/17, H \(GA Sharpston\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Verordnung (EU) Nr 604/2013 – **Bestimmung des für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat von einem Drittstaatsangehörigen gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständigen Mitgliedstaats** – Aufeinanderfolgende Anträge in zwei Mitgliedstaaten – Wiederaufnahmegesuch – Anwendung der Kriterien zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats durch den ersuchenden Mitgliedstaat – Art 27 – **Frage, ob die gerichtliche Kontrolle auch die fehlerhafte Anwendung der Kapitel- III-Kriterien durch den ersuchenden Mitgliedstaat umfasst**

[29.11.2018, Rs C-617/17, Powszechny Zakład Ubezpieczeń na Życie \(GA Wahl\)](#)

Vorabentscheidungsverfahren – **Grundsatz ne bis in idem** – Anwendungsbereich – **Wettbewerb** – Missbrauch einer beherrschenden Stellung – Entscheidung einer nationalen Wettbewerbsbehörde – **Auf der Grundlage von nationalem Wettbewerbsrecht und EU-Wettbewerbsrecht verhängte Geldbuße**

[29.11.2018, Rs C-635/17, E \(GA Wahl\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung** – Einwanderungspolitik – **Recht auf Familienzusammenführung** – Richtlinie 2003/86/EG – Familienzusammenführung von Personen, die internationalen Schutz genießen – Art 11 Abs 2 – **Beweislast und Beweisanforderung** zum Zwecke des **Nachweises familiärer Bindungen** – **Fehlen amtlicher Unterlagen** – Nationale Verfahrensvorschrift, die eine **Ablehnung des Antrags auf Familienzusammenführung** erlaubt, wenn der Zusammenführende das Fehlen dieser Unterlagen nicht plausibel erklärt – Zulässigkeit

[29.11.2018, Rs C-60/18, Tallinna Veski \(GA Kokott\)](#)

Richtlinie 2008/98/EG – **Abfälle** – Ende der Abfalleigenschaft – Verwertung – **Spezifische Kriterien für die Beendigung der Abfalleigenschaft von Klärschlamm** – Fehlen von Kriterien auf europäischer oder innerstaatlicher Ebene

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

27.11.2018, Beschwerde Nr [14988/09 ua](#), *Alekseyev ua / Russland*

Verletzung von **Art 11 EMRK** (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit), **Art 13 EMRK** (Recht auf wirksame Beschwerde) und **Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot); anhaltende **Weigerung** der nationalen Behörden, den Anträgen der Bf auf Durchführung von **Kundgebungen** zum Thema Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender **stattzugeben**; keine Rechtfertigung für die Ablehnung der Anträge; **Verletzung** von **Art 11 EMRK**; negative Entscheidungen der russischen Be-

hörden ergingen oft erst nach dem geplanten Termin der Veranstaltung; **Verletzung** von **Art 13 EMRK**; Handlungen der nationalen Behörden stellten darüber hinaus eine **Verletzung** des **Art 14 EMRK** dar; die Bf erhielten keine Entschädigung

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.